

Anfragen: Novembersession 2017

Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Grosser Rat (Büro des Grossen Rates)			
8	Etter (Treiten, BDP)	Bericht ADT	2
9	Stampfli (Bern, SP)	Sicherheitswahn im Rathaus?	3



Anfragen Novembersession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 20.11.2017

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: Büro des Grossen Rates

Bericht ADT

Dem Grossen Rat wurde der ADT-Bericht über Abbau, Deponie und Transport vorgelegt. Allgemein ist bekannt, dass die GPK bei der Finanzkontrolle eine Untersuchung über die Kosten und Preise für Kies und Beton in Auftrag gegeben hat. Durch Indiskretionen sind Ausschnitte aus diesem vertraulichen Bericht in den Medien publiziert worden. Dem Grossen Rat ist dieser Bericht nicht bekannt.

Fragen:

1. Warum wird dieser Bericht in Zeiten von Sparen und Finanzknappheit dem Grossen Rat nicht zur Kenntnis gebracht?
2. Wird der Bericht veröffentlicht?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, wann?

Antwort des Büros des Grossen Rates

1. Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates (GPK) hat den Bericht der Finanzkontrolle nicht veröffentlicht, weil es sich dabei um einen vertraulichen Bericht handelt.
2. Im Übrigen wird auf die Ausführungen des GPK-Präsidenten anlässlich der Beratung des Controllingberichts ADT verwiesen.

Verteiler

- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2017

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 20.11.2017

Eingereicht von: Stampfli (Bern, SP)

Beantwortet durch: Büro des Grossen Rates

Sicherheitswahn im Rathaus?

Kurz vor Beginn der Novembersession 2017 erhielten alle Grossratsmitglieder einen Brief bezüglich neuer Sicherheitsmassnahmen sowie einen Badge, um ins Rathaus zu gelangen. Im Schreiben heisst es, dass die Sicherheit im Rathaus erhöht werden müsse, da die «allgemeine Gefahrenlage» von der Kantonspolizei höher eingeschätzt werde als noch vor einigen Jahren. Leider erschliesst sich aus dem Schreiben nicht, warum genau die Gefahrenlage plötzlich erhöht sein soll.

Da liegt der Verdacht nahe, dass nun auch der Kanton Bern und mit ihm das Rathaus dem grassierenden Sicherheitswahn erlegen ist. Das wäre höchst bedauerlich. Auch wenn im Schreiben betont wird, dass an der Politik des offenen Hauses festgehalten werden soll, ist offensichtlich, dass die vorgesehenen Massnahmen zu Einschränkungen für die Öffentlichkeit führen werden. Dies darf in einer Demokratie nicht der Fall sein – oder es müssen triftige Gründe dafür vorliegen.

Fragen:

1. Was genau ist mit den «erhöhten allgemeinen Gefahren» gemeint?
2. Wie kommt die Berner Kantonspolizei zu ihrer Einschätzung?
3. Wie hoch sind die Kosten für die neuen Sicherheitsmassnahmen?

Antwort des Büros des Grossen Rates

1. Vorkommnisse im In- und Ausland haben gezeigt, dass heute im öffentlichen Raum von einer erhöhten Gefährdung ausgegangen werden muss (Angriffe auf Personen, Anschläge, usw.).
2. Auf der Grundlage einer jeweils aktuellen Gefahren- und Umfeldanalyse.
3. Die Kosten für die zwei zusätzlichen Personen des Ordnungsdienstes betragen insgesamt CHF 133.00 pro Stunde.

Verteiler

- Grosser Rat